

Landratsamt Eichstätt

Dienststelle:

Dienststelle Ingolstadt
Auf der Schanz 39
8070 INGOLSTADT

Ort, Tag:

Ingolstadt, 26.05.1992

Geschäftszeichen: (Bitte bei allen Zahlungen angeben!)

Nr. 36-A2. 82

Durchwahl-Nr.: Bearbeiter(in): Zimmer-Nr.:

0841-30644 Herr Dohel 114

Erlaubnis zur Ausübung des Makler-, Bauträger- und
Baubetreuergewerbes nach § 34c Gewerbeordnung
— GewO — i.d.F. der Bek vom 1.1.1987 (BGBl I S. 425)
mit allen Änderungen

Anlage(n):

1 Makler- u. Bauträgerverordnung
1 Verordnung zur Regelung der Preisangaben
1 KostenrechnungVerteiler: 1. Blatt (weiß) = Erlaubnisinhaber
2. Blatt (gelb) = Abdruck IHK
3. Blatt (blau) = Abdruck Gewerbebehörde
4. Blatt (rosa) = EntwurfZutreffendes ist angekreuzt ☒ oder ausgefüllt

Einschreiben

Herrn
Ramon Buchenau
Mittlere Heide 29

8074 Gaimersheim

Zur Post am

Das/Die (Landratsamt/Stadt)

Eichstätt

erläßt folgenden

Bescheid

I. Herrn/Frau/Dem/Der (Name, Vornamen, Bezeichnung der juristischen Person)

Buchenau Ramon Eduard Gustav

in (Anschrift)

8074 Gaimersheim, Mittlere Heide 29

wird gemäß § 34c GewO die Erlaubnis zur Ausübung des folgenden Gewerbes erteilt:

☒ Vermittlung des Abschlusses und Nachweis der Gelegenheit zum Abschluß von Verträgen über
☒ Grundstücke/grundstücksgleiche Rechte ☒ gewerbliche Räume/Wohnräume ☒ Darlehen☐ Vermittlung des Abschlusses und Nachweis der Gelegenheit zum Abschluß von Verträgen über den Erwerb von☐ Anteilscheinen einer Kapitalanlagegesellschaft☐ ausländischen Investmentanteilen☐ sonstigen öffentlich angebotenen Vermögensanlagen, die für gemeinsame Rechnung der Anleger verwaltet werden☐ öffentlich angebotenen Anteilen an einer Kapital- oder Kommanditgesellschaft und von verbrieften Forderungen gegen eine Kapital- oder Kommanditgesellschaft☒ Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Bauherr in eigenem Namen für eigene oder fremde Rechnung unter Verwendung von Vermögenswerten von Erwerbern, Mietern, Pächtern, sonstigen Nutzungsberechtigten oder von Bewerbern um Erwerbs- oder Nutzungsrechte☒ Wirtschaftliche Vorbereitung oder Durchführung von Bauvorhaben als Baubetreuer im fremden Namen für fremde Rechnung

II. Die umseitig aufgeführten Auflagen sind zu beachten. Daneben gilt folgendes:

Gemäß § 14 der Gewerbeordnung (GewO) ist - sofern noch nicht geschehen - am Ort des Betriebssitzes eine Gewerbeanmeldung vorzunehmen. Das gleiche gilt bei Eröffnung einer Zweigniederlassung.

Die nachträgliche Aufnahme, Änderung und Ergänzung von Auflagen dieser Erlaubnis bleibt vorbehalten.

III. Der/Die Antragsteller(in) hat/haben die Kosten des Verfahrens zu tragen.

IV. Für diesen Bescheid wird eine

Die Auslagen betragen

Gebühr¹⁾ von 800, ... DM festgesetzt.

3,50 ... DM.

Insgesamt: 803,50 ... DM.

Gründe:

Am

02.04.1992, eingegangen am 07.04.1992

wurde hier schriftlich Antrag auf Erteilung der Erlaubnis nach § 34c GewO gestellt.

Die Behörde, die den Bescheid erlassen hat, ist für die Entscheidung über den Antrag örtlich und sachlich zuständig (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 GewV vom 22. 1. 1985, BayRS 7101-I-W, zuletzt geändert durch V vom 22. 5. 1990 (GVBl S. 146), i.V.m. Art. 3 Abs. 1 BayVwVfG). Da im Genehmigungsverfahren festgestellt wurde, daß Versagungsgründe im Sinne des § 34c Abs. 2 GewO nicht vorliegen, war die Erlaubnis zu erteilen. Die Setzung von Auflagen war jedoch zum Schutze der Allgemeinheit und der Auftraggeber geboten (§ 34c Abs. 1 Satz 2 GewO).

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 1, 2, 6, 8 und 13 des Kostengesetzes (KG) i.d.F. der Bek vom 25. 6. 1969 (BayRS 2013-1-1-F) i.V. Tarif-Nr. 78.28 des Kostenverzeichnisses (KVz) zum KG.

Die umseitigen Auflagen und die Rechtsbehelfsbelehrung sind Bestandteile dieses Bescheides.

I.A.



Dohel

(Unterschrift)

(Siegel)

¹⁾ 100 - 3.000 DM

Auflagen:

Die Vorschriften der Verordnung über die Pflichten der Makler, Darlehens- und Anlagenvermittler, Bauträger und Baubetreuer (Makler- und Bauträgerverordnung – MaBV –) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7.11.1990 (BGBl I S. 2479) sind zu beachten.

Insbesondere gilt, daß

- der Gewerbetreibende, bevor er zur Ausführung des Auftrages Vermögenswerte des Auftraggebers erhält oder zu deren Verwendung ermächtigt wird, grundsätzlich verpflichtet ist, dem Auftraggeber in Höhe dieser Vermögenswerte Sicherheit zu leisten oder eine zu diesem Zweck geeignete Versicherung abzuschließen;
- Bauträger Vermögenswerte des Auftraggebers zur Ausführung des Auftrages nur nach Maßgabe der §§ 3 Abs. 2 und 3, 4 MaBV entgegennehmen oder verwenden dürfen;
- die Vermögenswerte, die der Gewerbetreibende zur Ausführung eines Auftrages vom Auftraggeber erhält, grundsätzlich getrennt von seinem Vermögen und dem seiner sonstigen Auftraggeber zu verwalten sind und nach Beendigung des Auftrages hierüber Rechnung zu legen ist;
- der Gewerbetreibende die jeweils mit der Leitung des Betriebes oder einer Zweigniederlassung beauftragten Personen unverzüglich der Erlaubnisbehörde anzuzeigen hat;
- der Gewerbetreibende von der Annahme des Auftrages an, nach Maßgabe des § 10 Abs. 2 bis 6 MaBV Aufzeichnungen zu machen hat sowie Unterlagen und Belege übersichtlich zu sammeln hat;
- der Gewerbetreibende den Auftraggeber nach Maßgabe der §§ 10 und 11 MaBV schriftlich über das zu entrichtende Entgelt, die Vertragsdauer, das Objekt und dgl. zu informieren hat;
- je ein Stück sämtlicher Veröffentlichungen und Werbeschriften, insbesondere Inserate und Prospekte, in denen der Gewerbetreibende Tätigkeiten i.S. der Erlaubnis ankündigt, in der Reihenfolge des Erscheinens übersichtlich zu verwahren sind;
- die Buchführungsunterlagen (§ 10 MaBV) und die Inseratensammlung mindestens 5 Jahre im Geschäftsbetrieb aufzubewahren sind;
- der Gewerbetreibende auf seine Kosten die Einhaltung der sich aus den §§ 2 bis 14 MaBV ergebenden Verpflichtungen für jedes Kalenderjahr durch einen geeigneten Prüfer prüfen zu lassen hat und er der Erlaubnisbehörde den Prüfungsbericht bis spätestens zum **31. Dezember** des darauffolgenden Jahres zu übermitteln hat. Falls keine Tätigkeit nach § 34 c durchgeführt wurde, ist eine entsprechende Negativklärung vorzulegen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats** nach seiner Bekanntgabe **Widerspruch** erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Behörde, die den Bescheid erlassen hat (Anschrift wie umseitig), einzulegen.

Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage beim **Bayerischen Verwaltungsgericht** *) – Anschrift siehe unten – schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden.

Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (– Freistaat Bayern – [Träger der Ausgangsbehörde]) und den Streitgegenstand bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden.

Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

*) Zutreffendes ist angekreuzt:

- ☒ **Oberbayern:**
Bayer. Verwaltungsgericht München
Bayerstraße 30, Postfach 20 04 28, 8000 München 2
- ☐ **Mittelfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Promenade 24–26, 8800 Ansbach

- ☐ **Niederbayern und Oberpfalz:**
Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Haidplatz 1, 8400 Regensburg 1
- ☐ **Unterfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Burkarderstraße 26, 8700 Würzburg

- ☐ **Oberfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Friedrichstraße 16, 8580 Bayreuth
- ☐ **Schwaben:**
Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Kornhausgasse 4, 8900 Augsburg

- II. In Abdruck an
- a) Industrie- u. Handelskammer f. München u. Oberbayern, München
 - b) Markt Gaimersheim – Gewerbebehörde –
zur gfl. Kenntnisnahme.

III. Kostenfestsetzung Block A 278/1

IV. Zum Akt Gr. 82